

Geschichte des DSGV im Nationalsozialismus erforscht

Anpassung an das Regime

Ein Forschungsprojekt zeichnet das ungeschminkte Bild vom Verhältnis des damaligen DSGV zu den Machthabern des Dritten Reiches.

In der Geschichtsschreibung über die Sparkassen sind die Jahre 1933 bis 1945 zwar kein blinder Fleck mehr. Das Wissen über diese Zeit weist aber noch Lücken auf. Insbesondere war bisher wenig darüber bekannt, wie sich der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) unter der nationalsozialistischen Herrschaft verhalten hat. Dank einer unter der Leitung von Professor Dr. Günther Schulz an der Universität Bonn entstandenen Studie hat sich das grundlegend geändert.

Da der heutige DSGV nur wenige zeitgenössische Unterlagen besitzt, hat die Historikerin Janina Salden dafür umfangreiche Recherchen durchgeführt. Bei regionalen Sparkassenverbänden und Landesbanken und vor allem in öffentlichen Archiven im In- und Ausland fand sie viele aufschlussreiche Dokumente.

Das Bild, das die Historikerin vom damaligen DSGV zeichnet, ist ungeschminkt. Nicht offener oder passiver Widerstand, sondern geschickte Anpassung an die neuen politischen Gegebenheiten prägte von Anfang sein Verhalten. Präsident Ernst Kleiner, der selbst kein Nationalsozialist war, stellte seit Februar 1933 gute Beziehungen zu nationalsozialistischen Funktionären her. Die politische Gleichschaltung der Verbands-gremien und der Geschäftsstelle in Berlin unterstützte er aktiv. Warum tat er das? Sicherlich ging es ihm darum, seine eigene Position zu behaupten. Vermutlich glaubte er aber auch, so die Interessen der Sparkassen am besten vertreten zu können.

Die dem öffentlich-rechtlichen Bankwesen allgemein sehr positiv gesinnten Nationalsozialisten wurden wichtige Verbündete gegen andere Kräfte, darunter die Reichsbank, die nach der Bankenkrise von 1931 die Geschäftsfelder der Sparkassen beschränken wollten. Tatsächlich gelang es, den Status quo der Sparkassen zu erhalten und im Kreditwesengesetz von 1934 abzusichern.

Kleiner geriet jedoch in Konflikt mit Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht. Dieser wollte, dass der DSGV als



Präsident Ernst Kleiner leitete die „Gleichschaltung“ des DSGV selbst ein, musste aber dennoch 1935 aus dem Amt scheiden.
Foto: DSGV-Archiv

„Wirtschaftsgruppe Sparkassen“ in eine neue staatlich gelenkte Organisation der Wirtschaft integriert wird. Als der DSGV-Präsident dagegen opponierte, musste er 1935 aus dem Amt scheiden. An seine Stelle trat Johannes Heintze, ein hoher Beamter aus Schachts Ministerium.

Durch die Einordnung in die NS-Wirtschaftsorganisation wurde der DSGV zu einem Glied in der Befehlskette. Er sorgte dafür, dass die Sparkassenorganisation den ihr zugewiesenen Aufgaben bei der Finanzierung politischer Vorhaben nachkam. Dazu gehörte an erster Stelle die forcierte Aufrüstung des Deutschen Reiches.

Der Rahmen für eine eigenständige Verbandspolitik und Interessenvertretung blieb zwar eng. Dennoch gelang es dem Verband immer wieder, Teilerfolge für die Sparkassen zu erreichen. Geschickt nutzte er das Nebeneinander von konkurrierenden Herrschaftsinstitutionen aus und suchte je nach Opportunität Unterstützung bei staatlichen oder bei NSDAP-Parteistellen.

Auffällig ist, dass Präsident Heintze darauf verzichtete, das so genannte „Führerprinzip“ im Verband durchzusetzen. Als „Führer der Wirtschaftsgruppe Sparkassen“ war er zwar gegenüber den Instituten und Verbänden der Sparkassenorganisation weisungsbefugt. Dennoch beriet er wichtige Fragen weiterhin mit den Leitern der regionalen Sparkassenverbände und der Girozentralen. Die dezentrale Willensbildung als ein wesentliches Strukturprinzip der Sparkassenorganisation blieb dadurch im Kern erhalten.

Das änderte freilich nichts an dem Umstand, dass der DSGV de facto ein Erfüllungsorgan von Staat und Partei war, das oft in vorseilendem Gehorsam handelte. Dies galt auch hinsichtlich der nationalsozialistischen Politik gegenüber den jüdischen Bürgern, die ausgegrenzt und ihrer Existenzgrundlagen beraubt wurden. Der Verband gab in diesem Kontext erlassene gesetzliche Bestimmungen und behördliche Verfügungen an die Sparkassen weiter. Janina Salden hat keinen Hinweis gefunden, dass die Handelnden im DSGV dies nur mit großem Widerwillen taten. Vielmehr schildert sie Fälle, in denen der Verband versuchte, die Beteiligung der Sparkassenorganisation an der so genannten „Arisierung“ jüdischen Eigentums zu fördern.

Während des Zweiten Weltkriegs trug der DSGV weiterhin dazu bei, dass die Sparkassen die ihnen zugedachten Aufgaben erfüllten: Spareinlagen für die Kriegsfinanzierung einsammeln und überschüssige Kaufkraft abschöpfen. Involviert war der Verband auch

in die Expansion des Deutschen Reiches nach Ost- und Westeuropa. In den vom Reich annektierten Gebieten unterstützte er organisatorisch, personell und finanziell den Aufbau von deutschen Sparkassen, Girozentralen und Regionalverbänden. Dass die dort schon bestehenden nichtdeutschen Sparkassen abgewickelt wurden, spielte dabei für den DSGV keine Rolle.

Alles in allem entsprechen die Erkenntnisse über den DSGV dem aktuellen Forschungsstand über Unternehmen und ihre Verbände im Nationalsozialismus: Etwaige Sympathien für das Regime und dessen Ziele waren weniger entscheidend für die handelnden Personen als eigene ökonomische Motive. Sie wollten in der Regel die sich eröffnenden wirtschaftlichen Chancen nutzen, auch wenn dies hieß, gängige moralische Standards – z. B. im Verhalten gegenüber jüdischen Kunden und Mitarbeitern – aufzugeben.

Am Ende des Buches geht Janina Salden auch auf die Wiedererrichtung des DSGV nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Sie zeigt, dass dabei auch Personen wie der spätere Verbandspräsident Fritz Butschkau aktiv waren, die schon vor 1945 Positionen in der Sparkassenorganisation bekleidet hatten. Solche personellen Kontinuitäten waren typisch für den Wiederaufbau in Deutschland. Sie haben jedoch in der Vergangenheit eine offene Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte verzögert.

Dr. Thorsten Wehber



Janina Salden

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband zur Zeit des Nationalsozialismus

(Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte – Beihefte, Bd. 246)

385 S, 10 s/w Abb., geb.

Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

64,00 €

Zur Autorin der Studie

Dr. Janina Salden studierte Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Politische Wissenschaft und Rechtswissenschaftliche Teilgebiete an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Heute arbeitet sie für den Deutschen Städte- und Gemeindebund in Berlin als stellvertretende Pressesprecherin und Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Digitalisierung.

